

Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Dresden,
Aaben & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Baukonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieselbe Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land.

Zeitungspreis einschließlich Bringerlohn in der 3. Woche vom 12. 5. 18. Januar
10 Goldpfennige, unter Kreisband für Deutschland die Nummer 20 Gold-
pfennige. Einzelnummer 16 Goldpfennige.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261
Geschäftsstelle von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grund-
preise: die 20 mm breite Kompareteilseiten 30 Pf. die 90 mm breite Vollan-
zeige 150 Pf. für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen
Stellen- und Mietanzeige 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 10

Dresden, Sonnabend den 12. Januar 1924

35. Jahrg.

Reine Arbeit, fein Obdach



Auf 13. Januar soll die sächsische Bevölkerung über die künftige Zusammensetzung der Gemeindeparlamente stimmen. Die Wahl ist deshalb von ganz besonderer Bedeutung, weil sie zum ersten Male nach den Bestimmungen der neuen Gemeindeordnung stattfindet, die den gewöhlten Vertretern der Bürgerschaft ein erhöhtes Maß von Einfluss, aber auch von Verantwortung gibt. Nach der neuen Gemeindeordnung ist das Gemeindeparlament das höchste Organ der Gemeinde. Seinen Beschlüsse muß sich der Gemeinde- oder Stadtrat fügen, auch wenn er sie nicht billigt. Während bisher der Rat in den Städten neben dem Gemeindeparlament stand und dessen Beschlüsse durchkreuzen konnte. Der demokratische Gedanke ist damit restlos in der Gemeinde durchgeführt. Es kann nicht mehr vorkommen, daß die Bureaucratie in der Gemeinde den Fortschritt verhindert, wenn ihr ein entschlossenes Gemeindeparlament gegenübersteht. Aber gerade deshalb hängt so ungewisser viel von der Zusammensetzung der Gemeindeparlamente ab. Auch die besten demokratischen Rechte nutzen nichts, wenn die Volksmassen sie nicht zu gebrauchen verstehen. Wo in den Gemeinden die Parteien der Bestehenden die Mehrheit haben, weil viele Proletarier bei der Wahl ihre Pflicht nicht taten, braucht sich die Arbeiterschaft nicht zu wundern, wenn sie zu kurz kommt.

Wohl werden in den Gemeindeparlamenten nicht die großen Fragen des Volkes entschieden, aber das Wohl und Wehe des einzelnen hängt von der Tätigkeit der Gemeinden im hohen Grade ab. Im weiten Umfange hat die Gemeinde für den Schutz des Bürgers vor gesundheitlichen Gefahren zu sorgen. Sie soll den in seiner Existenz Bedrohten vor der ärmesten Not behüten. Sie soll dafür sorgen, daß der heranwachsenden Jugend eine Bildung zuteilt wird, die es ermöglicht, den Daseinstrieb erfolgreich zu besiegen. Deshalb haben gerade die besitzlosen Massen ein so starkes Interesse am kommunalen Leben, denn sie bedürfen am ehesten der Hilfe der Gemeinden. Hingegen ist es meist das Bestreben der Besitzenden, zu verhindern, daß die Ausgaben der Gemeinden zu weit gefiebert werden, weil sie sich vor finanziellen Lasten schützen wollen.

Zur Erfüllung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben brauchen die Gemeinden Geld, Geld und wieder Geld. Bei der Schaffung von Einnahmequellen sind aber die Gemeinden nicht frei. Sie sind an die Steuergesetze des Reiches und der Länder gebunden, die ihnen nur einen gar zu engen Spielraum lassen. Jetzt sind durch die fortschreitende Geldentwertung die Gemeindefinanzen zerstört. Wichtige kulturelle und soziale Aufgaben müssen deshalb unerfüllt bleiben. Es wird in Zukunft darauf ankommen, alle vorhandenen Möglichkeiten auszunutzen, um die bessergestellten Schichten des Volkes zu belasten, damit den Armen und Notleidenden um so besser Hilfe gebracht werden kann. Entschiedlich ist heute die Lage der Erwerbslosen, die das Reich mit jämmerlichen Unterstützungen abspeist. Nur in beschönigtem Maße können die Gemeinden helfen, weil das Reich ihnen eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung nicht gestattet. Aber doch gibt es mancherlei Möglichkeiten, um das schwere Los der Erwerbslosen zu mildern, so z. B. die Errichtung von Volksschulen wie die Beschaffung billiger Nahrungsmittel. Das gleiche gilt für das Heer der Sozial- und Kleinrentner, die durch die Geldentwertung in das größte Elend gekommen sind. Dabei müssen wir fordern, daß die Fürsorge für die Notleidenden und die dazu notwendigen Instanzen möglichst von den Gemeinden selbst in die Hand genommen werde, damit die Fürsorge sie nicht dazu bewegen kann, die Macht der Kirche zu stärken.

Eine der vornehmsten Aufgaben der Gemeinden ist die Sorge für die heranwachsende Jugend, die jetzt so stark gefährdet ist. Durch Schulspisungen, durch die Schaffung von Spiel- und Sportplätzen, die Unterbringung bedürftiger Kinder in Erholungsstätten muß versucht werden, einen Teil der Schäden wieder gutzumachen, die die Unterernährung angerichtet hat. Darüber darf aber die Fürsorge für die geistige Entwicklung der Jugend nicht verschweigen werden. Es gilt nicht nur die allgemeine Volkschule zu verbessern und auszubauen, sondern

Folgen der bürgerlichen Politik
Wählt sozialdemokratisch!